

Quo Vadis Europa? Entwicklungsperspektiven der europäischen Integration

Als Abschluss der Veranstaltungsreihe wird sich primär den wünschenswerten und möglichen Entwicklungsperspektiven der europäischen Integration gewidmet. Ein „weiter so“ verbietet sich sowohl nach dem Brexit als auch nach den Wahlerfolgen rechtsnationalistischer Gruppierungen in den meisten europäischen Ländern. Doch welchen Weg muss die EU beschreiten, um ihre Integrationskrise zu beenden? Unterschiedliche Einschätzungen und Konzepte liefern dazu Klaus Busch und Martin Höpner. Während Klaus Busch eine Reform der EU und des Euro-Systems mit einer Schuldenvergemeinschaftung und einem radikalen Wechsel zu einer nachfrageorientierten Wirtschafts- und Sozialpolitik anstrebt, plädiert Martin Höpner für mehr Schutz der mitgliedstaatlichen Sozialordnungen vor Übergriffen des Europarechts und für einen schrittweisen Übergang zu einem europäischen Währungssystem, das Ab- und Aufwertungen ermöglicht.

Prof. Dr. Klaus Busch, Professor (im Ruhestand) für Europäische Studien an der Universität Osnabrück und europapolitischer Berater der Gewerkschaft ver.di.

Prof. Dr. Martin Höpner, außerplanmäßiger Professor an der Universität zu Köln, Leiter der Forschungsgruppe „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am Max-Planck-Institut.

Die Europäische Integration erlebt derzeit die größte Krise ihrer Geschichte. Sie stellt sich als eine mehrdimensionale Krise dar: als Krise der ökonomischen Entwicklung, bei der die Ungleichheit zwischen einzelnen Staaten, aber auch innerhalb der Staaten eher zu- als abnimmt, als Krise der neoliberalen Wirtschafts- und Währungspolitik, die sich aufgrund der Vertiefung der Austerität unfähig erweist, Investitions- und Arbeitsmarkteffekte zu bewirken, und als politische und legitimatorische Krise der Europäischen Union. Der Austritt Großbritanniens ist der vorläufige Höhepunkt der Krise.

Diese Krise mit ihren vielen Facetten führt dazu, dass sich „Europa in der Falle“ befindet (Claus Offe) und sich der „Widerspruch zwischen grenzüberschreitender Zentralisierung der Macht und der Verstärkung zentrifugaler Tendenzen“ (Frank Deppe) verfestigt. Ein Ausdruck der zentrifugalen Tendenzen ist die rechtsnationalistische Wendung der Kritik von marktradikaler und unsozialer Politik, die der EU angeheftet wird, obwohl sie oftmals auf der nationalstaatlichen Ebene verursacht wurde. Im Gefolge konnten die nationalistischen Rechten in Kerneuropa erhebliche Wahlerfolge erzielen und der EU die Verantwortung für die national durchgesetzte neoliberal orientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik zuweisen. Der neue Nationalismus, gewendet als autoritärer Neoliberalismus, bedroht nicht nur den europäischen Integrationsstatus sondern auch verbliebene sozialstaatliche Standards und bürgerliche Freiheitsrechte.

Wie schwerwiegend die EU-Krise ist, zeigt sich auch darin, dass die politischen und ökonomischen Eliten relativ ratlos wirken, ein „weiter so“ favorisieren oder auf den autoritären Zug aufspringen. Die linken Kräfte in Politik und Zivilgesellschaft einschließlich der Gewerkschaften haben wiederum über alle nationalen Grenzen hinweg ganz unterschiedliche Antworten und Konzepte zur Bewältigung der mehrdimensionalen EU-Krise. Das Spektrum reicht von der Abschaffung des Euro und die Rückkehr zu nationalen Währungen über flexible und ungleichzeitige Integrationsschritte bis hin zur vorbehaltlosen Verteidigung des derzeitigen Status Quo.

Die Veranstaltungsreihe soll die Mehrdimensionalität und die Facetten der EU-Krise aufzeigen und einen Überblick über das Spektrum der vorgeschlagenen strategischen Ansätze geben.

Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften

Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Ammerländer Heerstraße 121
26129 Oldenburg

Postanschrift:
D-26111 Oldenburg

Dr. Uwe Kröcher
Tel. 0441/798-2909
Fax. 0441/798-192909
E-Mail: uwe.kroecher@uni-oldenburg.de

Heike Wiese
Tel. 0441/798-2910
E-Mail: heike.wiese@uni-oldenburg.de

www.kooperationsstelle.uni-oldenburg.de

www.uni-oldenburg.de/lageplan



Europa zwischen Auflösung und Neustart?



Vortragsreihe
jeweils 18.30 Uhr im Raum A01 0-008,
Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

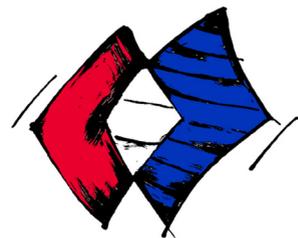
Veranstalter:
**Kooperationsstelle Hochschule-Gewerkschaften
an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg**
Dr. Sebastian Fischer, Lehrstuhl Politische Bildung
an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Arbeit und Leben Nds. Nord gGmbH
Deutsche Gesellschaft für politische Bildung e.V. – Landesverband Niedersachsen



Europa in der Falle – Aufstieg und Krise der europäischen Integration

Die Europäische Gemeinschaft und die Europäische Union sind keine statische Institution, sondern ein „Staatsprojekt“, das sich im Prozess der weiteren Integration dynamisch bildet und laufend verändert. Die Veranstaltung wird diesen Prozess nachzeichnen und auf historische und aktuelle Widersprüche eingehen. Jens Wissel erläutert, welche sozialen Kräfte hinter dem Integrationsprozess stehen und wie gesellschaftliche Kämpfe auf den Aufbau der EU gewirkt haben. Ist die EU nur ein neoliberales Herrschaftsprojekt der Eliten oder können auch emanzipatorische Anknüpfungspunkte verfolgt werden?

Dr. Jens Wissel, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaft in Frankfurt, studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Philosophie in Frankfurt; Arbeitsschwerpunkte: materialistische Staatstheorie, Internationale Politische Ökonomie, Krise des europäischen Staatsapparate-Ensembles.



Demokratiekrise und soziale Ungleichheit in der EU

Die aktuelle Krise der Europäischen Union ist auch Ausdruck einer Krise der Repräsentation des demokratischen Systems in Europas Staatssystemen, d.h. große Teile von Bevölkerungsschichten finden sich im politischen System der Nationalstaaten und der Union nicht wieder. Sie sind und/oder fühlen sich nicht ausreichend vertreten. Sind die soziale Ausgrenzung weiter Teile der Bevölkerung und die Zunahme von sozialen und räumlichen Disparitäten die entscheidenden Gründe für die Demokratiekrise in der EU? Droht die Krise der EU zu einer generellen Krise der Akzeptanz an der demokratischen Verfassung westlicher Prägung zu werden? Diese Fragen werden mit Hauke Brunkhorst und Martin Heidenreich diskutiert.

Prof. Dr. Hauke Brunkhorst, Professor für Soziologie an der Universität Flensburg; beschäftigt sich mit Fragen der politischen Theorie und Praxis und steht dabei in der Tradition der „Kritischen Theorie“ der Frankfurter Schule.

Prof. Dr. Martin Heidenreich, Professor für Sozialstrukturanalyse an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Leiter des Jean Monnet Centre for Europeanisation and Transnational Regulations (CETRO); Arbeitsschwerpunkte: Sozialstrukturanalyse, Organisations-, Regional- und Europaforschung. **Vortragsmaterial**

Krise der Währungsunion - Fiskalische und geldpolitische Defizite des Euro und der Austeritätswahn

Die Europäische Währungsunion und der Euro sind spätestens vor dem Hintergrund der Griechenland-Kredite grundlegend ins Wanken geraten. Der Austeritätswahn, also der Zwang zum Sparen, hat die ökonomische Spaltung in Europa vertieft und zum Akzeptanzverlust der Währung beigetragen. Doch in welchem Zusammenhang steht die Euro-Verfassung mit der Austeritätspolitik? Während einige keynesianische Ökonomen wie Joseph Stiglitz oder Paul Krugman den Euro bereits als gescheitert ansehen, erscheint anderen Ökonomen die Währungsunion als Basis für fortschrittliche Reformschritte zu sein. Ob und welche Spielräume sich mit dem Euro-System für Wachstums- und Ausgleichsprozesse ergeben können und welche Kurskorrekturen notwendig sind, soll mit Mechtild Schrooten und Hans-Michael Trautwein ausgelotet werden.

Prof. Dr. Mechtild Schrooten, Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule Bremen, Sprecherin der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (Memorandum-Gruppe); Arbeitsschwerpunkte: Geld und Internationale Integration.

Prof. Dr. Hans-Michael Trautwein, Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Direktor des Center for Transnational Studies der Universitäten Bremen und Oldenburg (ZenTra).

Auswirkungen der Strukturanpassungsprogramme in den südeuropäischen Krisenländern auf Deutschland

Im Zuge der Schuldenkrise hat die Euro-Gruppe grundlegende Strukturanpassungsprogramme (Memoranden) in den südeuropäischen Ländern durchgesetzt. Damit wurden dortige Flächentarifsysteme ausgehöhlt, Lohnsenkungen erzwungen, Sozialleistungen in großem Stil abgebaut und eine unglaubliche Privatisierungswelle öffentlichen Eigentums durchgesetzt. Was hierzulande als notwendiges „Gürtel enger schnallen“ angesehen wird, weil man dort ja „über die Verhältnisse“ gelebt habe, führt jedoch zu einer allgemeinen Abwärtsspirale nach unten, die auch in Deutschland den Druck auf „Anpassungen“ erhöhen wird. Welche Ausmaße haben die Anpassungen in Südeuropa und welcher Anpassungsdruck hierzulande ist bereits spürbar? Thorsten Schulten wird erste Antworten auf diese und weitere Fragen liefern.

Prof. Dr. Thorsten Schulten, Leiter des Referats für Arbeits- und Tarifpolitik in Europa am Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Honorarprofessor an der Universität Tübingen.